

Vorurteilsmotivierte Taten aus Betroffenenperspektive

Joachim Häfele & Eva Groß

Der Beitrag berichtet zentrale Ergebnisse einer Hamburger Dunkelfeldstudie (HateTown) zur Verbreitung, Kontextualisierung und Folgen vorurteilsmotivierter Viktimisierung. Grundlage ist eine standardisierte Bevölkerungsbefragung (n = 3.895) mit disproportionalen Stichprobendesign und mehrsprachigem Erhebungsinstrument. Die Ergebnisse zeigen eine deutlich erhöhte Betroffenheit vulnerabler Gruppen sowie kontextspezifische Schwerpunkte in Bildungs- und Arbeitssettings sowie im öffentlichen Raum. Vorurteilsmotivierte Viktimisierung ist mit niedrigen Anzeigeraten, psychischen Belastungen, vermindertem Institutionenvertrauen – insbesondere gegenüber der Polizei – sowie ausgeprägtem Schutz- und Vermeidungsverhalten verbunden. Insgesamt unterstreichen die Befunde die Bedeutung dunkelfeldorientierter Forschung und die Notwendigkeit kontextbezogener Prävention und institutioneller Sensibilisierung.

Einleitung

Vorurteilsmotivierte Handlungen richten sich gegen Personen aufgrund tatsächlicher oder zugeschriebener Gruppenzugehörigkeiten, etwa hinsichtlich Herkunft, Religion, Hautfarbe, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität (Häfele & Groß, 2023; Coester, 2008; Perry, 2001; Schweppe, 2021). Charakteristisch für diese Delikte ist ihr stellvertretender Charakter: Nicht individuelles Verhalten der betroffenen Person ist handlungsleitend, sondern ihre symbolische Repräsentation einer gesellschaftlich markierten (historisch marginalisierten) Gruppe (Perry, 2001; Häfele, Groß & Peter, 2026; Coester, 2017). Entscheidend ist dabei die Kategorisierung der Täter:innen, nicht die Selbstzuschreibung der Betroffenen (OSCE/ODIHR, 2009; Schweppe, 2021). Vorurteilsmotivierte Handlungen adressieren damit stets über das individuelle Opfer hinaus kollektive Zugehörigkeiten und grundlegende normative Prinzipien pluralistischer Demokratien (Iganski, 2001; Perry & Alvi, 2012). Für Deutschland zeigen sowohl polizeiliche Hellfelddaten als auch Dunkelfeldstudien seit Jahren eine Zunahme vorurteilsmotivierter Handlungen, insbesondere bei antisemitischen, rassistischen sowie queerfeindlichen Tatmotiven (Groß & Häfele, 2026; BMI, 2023; VBRG, 2024; Church & Coester, 2021). Zugleich ist die polizeiliche Erfassung von Vorurteils kriminalität mit erheblichen

konzeptionellen und praktischen Problemen verbunden. Dazu zählen Definitionsänderungen, institutionelle Erfassungslücken sowie die Beschränkung auf Delikte oberhalb der Strafbarkeitsschwelle, wodurch ein erheblicher Teil des tatsächlichen Geschehens unsichtbar bleibt (Habermann & Singelnstein, 2018; Schellenberg, 2020; Coester, 2017). Die Einordnung einer Tat als vorurteilsmotiviert hängt zudem maßgeblich von der Sensibilität und Bewertungspraxis der aufnehmenden Polizeibeamt:innen ab, was zu systematischen Verzerrungen führen kann (Kleffner, 2018; Coester, 2017). Dunkelfeldstudien weisen konsistent auf außerordentlich niedrige Anzeigerate hin. Ein Großteil vorurteilsmotivierter Handlungen – insbesondere Beleidigungen, Bedrohungen und diskriminierende Alltagsinteraktionen – wird weder angezeigt noch statistisch erfasst (Häfele, Groß & Peter, 2026; Groß, Häfele & Peter, 2024; Church & Coester, 2021; Fröhlich, 2021; Lobermeier, 2006; Walters & Hoyle, 2012; Geschke et al., 2023; Häfele & Groß, 2023). Vor diesem Hintergrund kommt der systematischen Erfassung vorurteilsmotivierter Viktimisierung aus Betroffenenperspektive eine zentrale Bedeutung zu.

Theoretische und empirische Befunde

Vorurteils kriminalität (im Folgenden kurz VK) ist nicht als isoliertes Phäno-

men oder Sonderform kriminellen Handelns zu verstehen, sondern als Eskalationspunkt eines breiteren Kontinuums gruppenbezogener Abwertungs- und Ausgrenzungsprozesse. Eine zentrale theoretische Grundlage hierfür bildet das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF), das gesellschaftlich verbreitete Einstellungen, Ideologien und Handlungsbereitschaften beschreibt, die auf der Annahme der Ungleichwertigkeit bestimmter sozialer Gruppen beruhen (Heitmeyer, 2002; Zick & Küpper, 2018). Beide Konzepte (VK und GMF) basieren auf der Ideologie der Ungleichwertigkeit, also der vorurteilsgeleiteten Annahme, dass bestimmten sozialen Gruppen ein geringerer gesellschaftlicher Wert zugeschrieben wird (Heitmeyer, 2002; Zick & Küpper, 2018). Während die GMF-Forschung primär auf Einstellungen, Wahrnehmungsmuster und Diskurse fokussiert ist, beschreiben vorurteilsmotivierte Handlungen den Bereich der GMF, in dem sich diese Einstellungen in konkreten Handlungen (z.B. Vorurteils kriminalität) niederschlagen (Coester, 2008). Zur theoretischen Einordnung dieser Zusammenhänge kann GMF auch als Pyramidenmodell konzeptualisiert werden (Zick, Küpper & Hövermann, 2011; Küpper, Zick & Rump, 2021) (Abb. 1). Das Pyramidenmodell der GMF beschreibt ein Eskalationsmodell gesellschaftlicher Abwertung, in dem weit verbreitete Vorurteile und Ungleichwertigkeitsideologien die Grundlage für diskriminierende Praktiken, ideologische Radikalisierung und schließlich VK bilden. VK und extremistische Handlungen werden dabei nicht als isolierte Phänomene verstanden, sondern als Zuspitzung eines breiteren sozialen Klimas, das durch die Normalisierung und Legitimation gruppenbezogener Abwertung geprägt ist (Küpper, Zick & Rump, 2021).

Diese Perspektive verdeutlicht, dass sich vorurteilsmotivierte Handlungen als Symptom tieferliegender gesellschaftlicher Ungleichwertigkeitsideologien zu verstehen sind. Zugleich tragen die Sichtbarkeit und Symbolik solcher Angriffe zur weiteren Normalisierung und Legitimation menschenfeindlicher Einstellungen bei und können damit selbst Teil eines sich verstärkenden Eskalationsprozesses

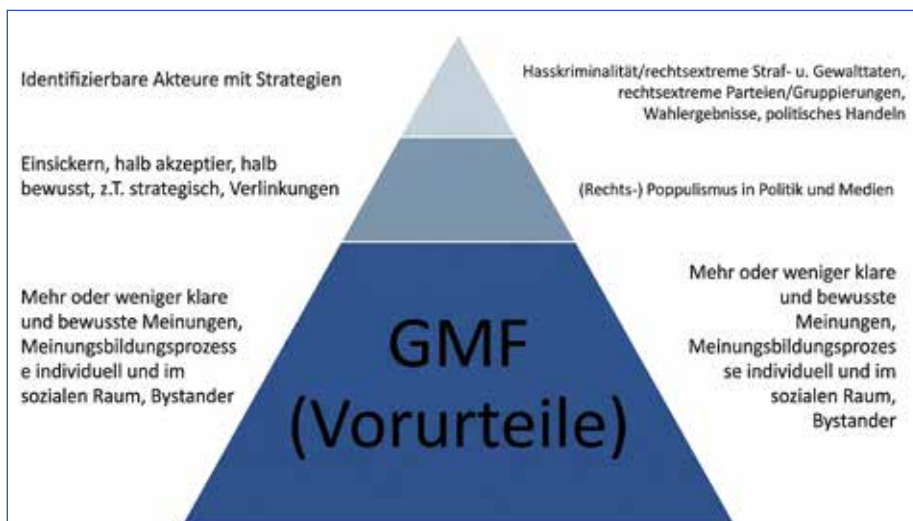


Abb.1. Pyramidenmodell der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Eigene Darstellung nach Küpper, Zick & Rump (2021, S. 82).

ses werden. Insbesondere wenn gesellschaftliche Gegenreaktionen ausbleiben oder Taten bagatellisiert werden (z.B. Häfele, Groß & Peter, 2026). Ein zentrales Charakteristikum vorurteilsmotivierter Handlungen liegt in dieser ausgeprägten symbolischen und kommunikativen Dimension (Perry, 2001; Coester, 2017). VK wird daher häufig als Botschaftstat konzeptualisiert. Die Angriffe richten sich nicht allein gegen das individuelle Opfer, sondern transportieren eine einschüchternde Botschaft (Terror-Effekt) an die gesamte soziale Gruppe, der die betroffenen Personen zugerechnet werden, sowie an andere marginalisierte Gruppen (Jacobs & Potter, 1998). Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene stellen vorurteilsmotivierte Handlungen immer auch Angriffe auf die gesamte plurale demokratische Gesellschaft dar, indem sie Prozesse der Ausgrenzung verstärken, soziale Hierarchien stabilisieren und das Vertrauen in den gesellschaftlichen Zusammenhalt unterminieren (Perry 2003; Iganski 2001; Perry & Alvi, 2012). In Studien konnte gezeigt werden, dass Betroffene vorurteilsmotivierte Taten selten als isolierte Einzelereignisse wahrnehmen. Vielmehr werden sie als Ausdruck eines feindlichen, gesellschaftlichen Klimas interpretiert, in dem Zugehörigkeit infrage gestellt und Sichtbarkeit als Risiko erlebt wird (Herek et al., 1999; Perry, 2001). Die Tat signalisiert, dass bestimmte Gruppen im öffentlichen Raum nicht sicher sind und jederzeit Zielscheibe werden können (Iganski, 2008; McDevitt et al., 2001). Diese Botschaft entfaltet ihre Wirkung weit über den unmittelbaren Tatkontext hinaus und trägt zur kollektiven Verunsicherung innerhalb betroffe-

ner Communities bei (Perry & Alvi, 2012). VK fungiert so als kollektiver Stressor, der Sicherheitswahrnehmungen, Bewegungsfreiheit und soziale Teilhabe einschränkt. Vorliegende Befunde zeigen übereinstimmend, dass VK-Erfahrungen mit schwerwiegenderen und langfristigeren psychischen, sozialen und ökonomischen Folgen einhergehen als Viktimisierungen ohne Vorurteilsmotiv (Iganski 2001; McDevitt, Levin & Bennett 2001). Dazu gehören u.a. posttraumatische Belastungsstörungen (Paterson et al. 2018; Geschke et al. 2023), gesteigerte Kriminalitätsfurcht und Vermeidungsverhalten (Perry & Alvi 2012; Hellyer & Gereke 2024; Häfele, Groß & Peter, 2026; Groß, Dreißigacker & Riesner 2019) oder Vertrauensverlust in staatliche Institutionen (z.B. Häfele, Groß & Peter, 2026; Walters & Hoyle 2012; Bielejewski, Bender & Asbrock 2022; Groß, Häfele & Peter 2024)¹.

Methode/Studiendesign

Die im Folgenden dargestellten empirischen Befunde basieren auf dem Forschungsprojekt *HateTown – Vorurteilsgleitete Handlungen in urbanen Räumen* (Groß, Häfele & Peter, 2024). Ziel des Projekts ist es, die Verbreitung, Erscheinungsformen und Folgen vorurteilsmotivierter Viktimisierung im urbanen Raum systematisch aus der Perspektive der Betroffenen zu erfassen und analytisch einzuordnen. Im Mittelpunkt stehen dabei insbesondere solche Handlungen, die im polizeilichen Hellfeld nur eingeschränkt oder gar nicht sichtbar werden, für Betroffene jedoch erhebli-

che individuelle und kollektive Belastungen darstellen. Das Projekt folgt einem dunkelfeldorientierten Forschungsansatz, der explizit über strafrechtlich relevante Delikte hinausgeht. Erfasst werden neben körperlichen Übergriffen auch verbale Abwertungen, Bedrohungen, Sachbeschädigungen sowie weitere Formen vorurteilsgeleiteter Herabsetzung und Ausgrenzung, die häufig unterhalb der Strafbarkeitsschwelle liegen, von Betroffenen jedoch als eindeutig vorurteilsmotiviert wahrgenommen werden (Coester, 2008; Diaz-Faes & Pereda, 2022).

Erhebungsmethode

Der Fragebogen (Erhebungsinstrument) wurde im Rahmen eines partizipativen Verfahrens konstruiert. Entsprechend wurden im Vorfeld und während der Fragebogen-Konstruktion Workshops zum Erhebungsinstrument mit Vertreter:innen der betroffenen Gruppen durchgeführt. So konnte die Betroffenenperspektive in die Frageformulierungen sowie die Auswahl der Items einfließen. Das Erhebungsinstrument wurde dann in sechs Sprachen übersetzt, um, Interviewausfälle aufgrund von Sprachbarrieren zu minimieren. Vor der Feldphase wurde der Fragebogen im Rahmen eines Pretests mithilfe kognitiver Testverfahren geprüft (vgl. Porst 1998; Prüfer & Rexroth 2000). Der finale Fragebogen wurde entsprechend der Pretest-Ergebnisse angepasst. Die Datenerhebung hat im Zeitraum vom 11.7.2022 bis 11.9.2022 stattgefunden. Dafür wurde aus dem Einwohnermelderegister (Stand: Januar 2022) eine Zufallsstichprobe von 50.000 in Hamburg mit Hauptwohnsitz gemeldeten Personen ab 16 Jahren gezogen. Zur Erhöhung der Teilnahme wahrscheinlicher Betroffenenengruppen vorurteilsmotivierter Handlungen wurde ein disproportionales Design mit Oversampling von Nicht-EU-Bürger:innen umgesetzt: 35.000 Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit und 15.000 Nicht-EU-Bürger:innen wurden ausgewählt, postalisch angeschrieben und auf einen Online-Fragebogen verwiesen. Ergänzend wurde die Einladung mit der Bitte um Weiterleitung an Sprecher:innen bzw. Vertreter:innen von Minderheiten (u. a. Black Community, jüdische Gemeinden, muslimische Community) versandt. Dieses zusätzliche Schneeballverfahren sollte die Beteiligung

¹ Siehe auch den Artikel von Coester in dieser Ausgabe.

von Personen erhöhen, die sich typischen Betroffenengruppen zugehörig fühlen.

Stichprobe

Die Stichprobe umfasst 3.895 auswertbare Fragebögen. Knapp 52 % der Befragten sind Frauen und entsprechen damit weitgehend dem Frauenanteil in Hamburg; Männer sind mit rund 45 % leicht unterrepräsentiert. Personen mit queerer bzw. diverser Geschlechtsidentität machen 2,5 % aus, können jedoch mangels amtlicher Kennziffern nicht systematisch mit der Population verglichen werden. Das Durchschnittsalter beträgt 47 Jahre (Spanne: 17–95 Jahre). Gegenüber der Hamburger Altersstruktur sind 16–29-Jährige sowie Befragte ab 70 Jahren unterrepräsentiert, während die Altersgruppen 30–69 Jahre überrepräsentiert sind. Knapp 33 % der Befragten weisen einen Migrationshintergrund auf und sind damit leicht unterrepräsentiert; zugleich liegt der Anteil ohne deutschen Pass mit 22,1 % über dem Populationswert (19,2 %). Vor dem Hintergrund der Maßnahmen zur besseren Erreichbarkeit (u. a. Oversampling von Nicht-EU-Bürger:innen, mehrsprachige Fragebögen, zielgruppenspezifische Ansprache in migrantischen Communities) kann die Repräsentation von Personen mit Migrationshintergrund insgesamt als vergleichsweise gelungen bewertet werden. Deutlichere Verzerrungen zeigen sich in der Bildungsstruktur: 53 % verfügen über einen hohen Bildungsstand (Tertiärabschluss) und sind damit gegenüber der Hamburger Bevölkerung (38,3 %) klar überrepräsentiert; Personen mit mittlerem Bildungsstand sind mit rund 31 % unterrepräsentiert, jene mit niedrigem Bildungsstand mit knapp 17 % leicht überrepräsentiert. Insgesamt stellt das Sample jedoch eine annähernd repräsentative Stichprobe der Hamburger Wohnbevölkerung dar.

Ausgewählte Ergebnisse

Verbreitung vorurteilsmotivierter Viktimisierung

Zur Bestimmung der Betroffenheit durch vorurteilsmotivierte Taten wurden Befragte, die eine Viktimisierung berichteten, für jedes Delikt gefragt, ob sie diese aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit vermuten. Abb. 2 zeigt die

Anteile vermuteter vorurteilsmotivierter Viktimisierung in den untersuchten vulnerablen Gruppen im Vergleich zu Viktimisierung ohne Vorurteilsmotiv, fehlender Viktimisierung sowie zu Befragten außerhalb dieser Gruppen.

Es zeigt sich, dass Minderheitengruppen durchgängig stärker von vorurteilsmotivierten Taten betroffen sind als Angehörige der Mehrheitsgesellschaft. Obwohl die allgemeine Viktimisierungsprävalenz zwischen Mehrheitsgesellschaft und muslimischen Befragten z.B. ähnlich ausfällt (73,3 % vs. 74,6 %), liegt der Anteil vermuteter Vorurteilsviktimisierung bei Muslim:innen deutlich höher (ca. 70 % vs. 40 %). Unter Ausschluss von Jüdinnen und Juden (geringe Fallzahl) weist die Gruppe mit nichtbinärer bzw. queerer Geschlechtsidentität oder nicht-heterosexueller Orientierung die höchste Betroffenheit auf, gefolgt von Personen in finanzieller Not sowie Befragten mit politischem Mandat.

Tatkontexte

Als schwerwiegendste vorurteilsmotivierte Taten nannten die Befragten am häufigsten sexuelle Bedrängung (19,1 %), Diskriminierung (18,7 %) sowie persönliche Bedrohung/Beschimpfung/Beleidigung (17,5 %). Für die schwerwiegendsten Taten wurden u.a. die Tatorte erfragt. Die häufigsten Tatorte waren ein anderer Stadtteil in Hamburg (24,9 %), außerhalb Hamburgs in Deutschland (23,7 %) und der Arbeitsplatz (21,6 %). Je nach Viktimisierungsform variieren die Tatkontexte (vgl. Tabelle 1).

59,8 % der Befragten, die Mobbing als schwerwiegendste vorurteilsmotivierte Tat nannten, erlebten diese in einer Bildungseinrichtung. Bei Diskriminierung wurde am häufigsten der Arbeitsplatz als Tatort angegeben (48 %), gefolgt von Bildungseinrichtungen (26,5 %; abgesehen von den räumlichen Aspekten, ob die Tat in oder außerhalb Hamburgs erlebt wurde). Insgesamt treten Ehr- und Drohdelikte wie Mobbing, Diskriminierung und gruppenbezogene Abwertung offenbar besonders häufig in Bildungs- und Arbeitskontexten auf, was deren zentrale Bedeutung für Prävention und Intervention unterstreicht; ein Meiden dieser Orte ist aufgrund schulischer bzw. beruflicher Erfordernisse kaum praktikabel. Vorurteilsmotivierte sexuelle Bedrängung findet hingegen vor allem in öffentlichen Verkehrsmitteln bzw. an Haltestellen sowie in Geschäften und der Gastronomie bzw. im Nachtleben (Cafés, Restaurants, Pubs, Clubs) statt. Diese Tatortmuster liefern aus Betroffenenperspektive konkrete Ansatzpunkte für Präventionsmaßnahmen.

Anzeigeverhalten

Zur Reduktion des Dunkelfelds müssen Delikte den Strafverfolgungsbehörden bekannt werden; da rund 95 % der registrierten Straftaten auf Anzeigen aus der Bevölkerung zurückgehen, ist das Anzeigeverhalten zentral für die Einordnung der Helfeldstatistik.

Wie Abb. 3 zeigt, unterscheidet sich das Anzeigeverhalten deutlich zwischen den Gruppen: Am höchsten ist die Anzeigerate bei politischen Mandatsträger:innen (33,9 %); deutlich niedriger fällt sie bei Befragten mit Migrationshinter-

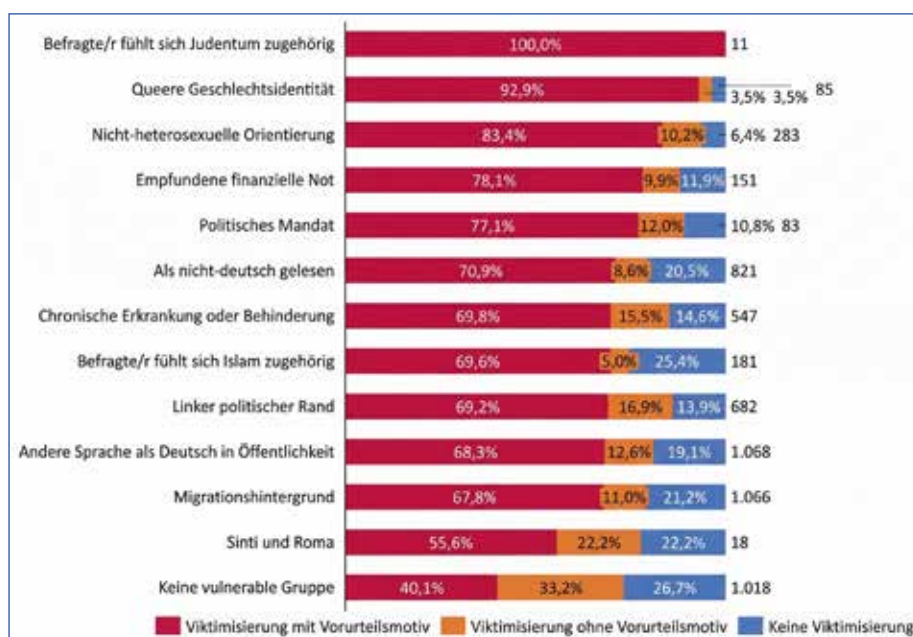


Abbildung 2: Viktimisierung durch Vorurteilskriminalität innerhalb der untersuchten vulnerablen Gruppen.

Tabelle 1: Tatorte und Tatkontexte nach schlimmster vorurteilsmotivierter Viktimisierung; †: Prozentwert basiert auf weniger als 20 Fällen; Prozentwerte werden ausgeblendet, wenn auf weniger als 10 Fällen basiert; je dunkler die Einfärbung, desto häufiger wurde der Tatkontext in Relation angegeben; da bei der Abfrage der Tatorte bzw. Tatkontexte Mehrfachnennungen möglich waren, summieren sich die jeweiligen Spaltensummen z.T. auf mehr als 100 Prozent.

Tatort bzw. Tatkontext	Schlimmste Viktimisierung mit Vorurteilsmotiv							
	Im Internet bedroht, beschimpft, beleidigt	Persönlich bedroht, beschimpft, beleidigt	Gemobbt	Diskriminiert	Abwertung Gruppenzugehörigkeit	Körperlich angegriffen	Sexuell bedrängt	Sexuell missbraucht
	n = 22	n = 192	n = 117	n = 204	n = 104	n = 118	n = 209	n = 77
In einem anderen Stadtteil in Hamburg		31,8	11,1†	32,4	32,7	26,3	23,4	15,6†
Außerhalb Hamburgs, aber in Deutschland		28,7	22,2	27,5	18,3†	23,7	25,4	36,4
In meinem Stadtteil		28,1		22,1	19,2	22,0	9,1†	
In einem öffentlichen Verkehrsmittel bzw. Haltestellen		26,0	8,6†	21,6	21,2	18,6	33,0	
In meiner unmittelbaren Nachbarschaft/ Wohnumgebung		22,4		13,2	11,5†	15,3†	9,1†	
In einem Geschäft, Café, Restaurant, Pub		19,8		23,0	13,5†		30,6	
Bei der Arbeit		18,2	34,2	48,0	29,8		12,0	
In einer Bildungseinrichtung		10,4	59,8	26,5	30,8	8,5†		
In einer Grünanlage/ einem Park		8,9†		8,8†	14,4†	10,2†	9,6†	
Bei einer öffentlichen Veranstaltung		6,8†		12,3	11,5†	9,3†	8,1†	
Im Internet/in den sozialen Medien	86,4†	5,7†		9,3†	12,5†			
Zu Hause in meiner Wohnung/Haus					10,6†		6,2†	35,1
Im Ausland			9,4†	14,2		9,3†	13,9	13†
In einer medizinischen Einrichtung				16,7				
Auf einem Amt/einer Behörde				26,0	11,5†			

grund (19,0 %) sowie bei Personen, die sich als nicht „deutsch aussehend“ wahrgenommen sehen (18,4 %), aus.

Als häufigster Nichtanzeigegrund wurde die geringe wahrgenommene Schwere der Tat genannt (41,1 %), gefolgt von der erfahrungsbasierten Erwartung fehlender Wirkung (30,5 %) und der vermuteten mangelnden Aufklärungsfähigkeit der Polizei (29,2 %). Letztere Gründe deuten auf eine skeptische Einschätzung der Effektivität polizeilichen Handelns im Kontext von Diskriminierung bzw. Vorurteilsriminalität hin.

Folgen vorurteilsmotivierter Viktimisierung

Zur Erhebung der Tatfolgen wurden die Befragten gebeten, 13 Aussagen zu Tatfolgen der von ihnen als schwerwiegendsten erlebten vorurteilsmotivierten Tat zu bewerten. Am häufigsten Zustimmung erhielten Aussagen der Dimension „Psychische Belastungen“:

Angst, hinauszugehen bzw. bestimmte Orte zu meiden (17,5 %), Vertrauensprobleme (15,4 %) und anhaltende psychische Belastung (14,9 %). Besonders ausgeprägt treten solche Belastungsreaktionen nach sexuellem Missbrauch, Mobbing sowie nach persönlicher Bedrohung, Beschimpfung und Beleidigung auf.

Vertrauen in staatliche Institutionen

Vorurteilsmotivierte Viktimisierung geht zudem - im Vergleich zu Viktimisierungen ohne Vorurteilsmotiv - häufig mit einem Rückgang des Institutionenvertrauens einher. Dabei variiert das Ausmaß des Vertrauensverlusts zwischen den erhobenen Institutionen. Der stärkste Vertrauensverlust lässt sich gegenüber der Polizei ($\Delta = 1,5$ Einheiten), gefolgt von Presse/Medien, Bundesregierung und Gerichten feststellen.

Vermeidungsverhalten

Zur Erfassung des Schutz- und Vermeidungsverhaltens (konative Dimension) wurden mehrere, am Forschungsstand orientierte Items verwendet. Vermeidungsverhalten meint das bewusste Meiden bestimmter Orte bzw. Situationen zur Steigerung des Sicherheitsgefühls (z. B. nachts nicht hinausgehen, religiöse Symbole in der Öffentlichkeit nicht zeigen; vgl. Abbildung 4). Schutzverhalten umfasst demgegenüber aktive Sicherheitsmaßnahmen, etwa das Mitführen von Verteidigungsmitteln oder technische Sicherungen (z. B. Reizgas, Taschenalarm, wohnungsbezogene Schutzmaßnahmen).

Nach Viktimisierungsstatus differenziert zeigt sich das bekannte Muster: Befragte mit vorurteilsmotivierter Viktimisierung berichten die meisten Schutz- und Vermeidhandlungen. Die größten Unterschiede gegenüber Nichtviktimisierten finden

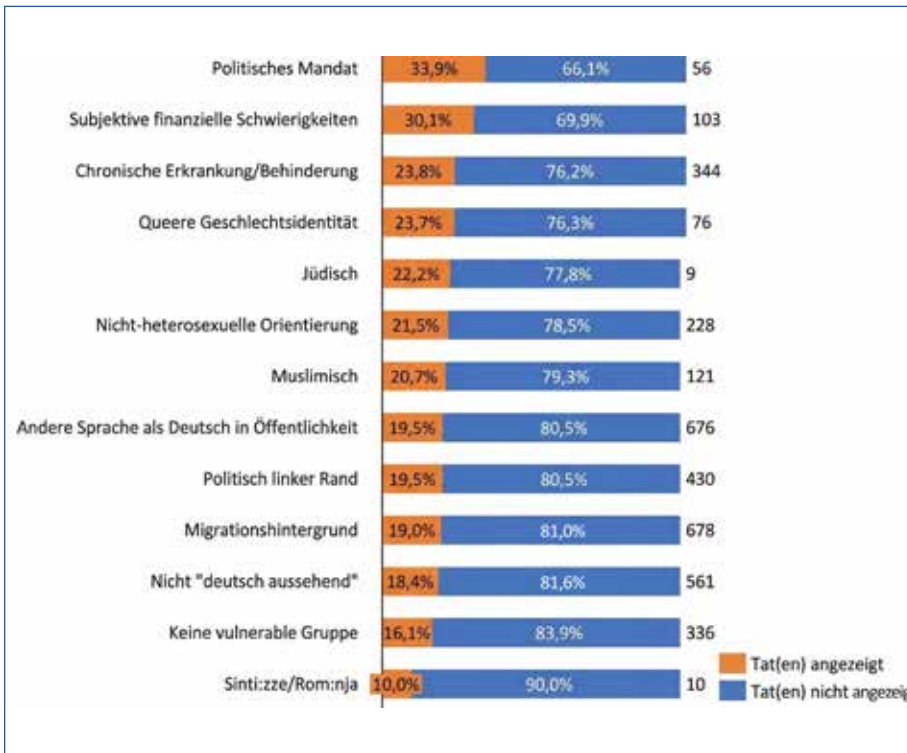


Abbildung 3: Gruppenspezifische Anzeigeraten

sich beim Meiden bestimmter Straßen/Plätze/Stadtviertel/Parks ($\Delta M = 0,56$), beim Ausweichen vor Personen im Dunkeln ($\Delta M = 0,52$) sowie beim Vermeiden wenig belebter Orte ($\Delta M = 0,38$). Dies weist auf einen deutlichen Einfluss vorurteilsmotivierter Viktimisierung auf das Verhalten im öffentlichen Raum hin, der häufiger gemieden wird, was auf Rückzugsprozesse hindeutet.

Zusammenfassung/Diskussion

Die vorgestellten Ergebnisse aus der Hamburger Dunkelfeldstudie zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aus der Betroffenenperspektive unterstreichen, dass vorurteilsmotivierte Viktimisierung in besonderem Maße Minderheitengruppen betrifft und damit ein strukturell ungleich verteiltes

Sicherheits- und Teilhabeproblem darstellt. Die Befunde sprechen dafür, dass die Belastungen wesentlich durch den zugeschriebenen Vorurteilkontext geprägt sind. Dies bestätigt die in der internationalen Forschung herausgearbeitete kommunikative und symbolische Dimension vorurteilsmotivierter Handlungen, die über das individuelle Opfer hinaus Zugehörigkeit infrage stellt und kollektive Verunsicherung erzeugt. Die Befunde zu den Tatkontexten deuten darauf hin, dass vorurteilsmotivierte Diskriminierungen und Angriffe häufig in zentralen, alltagsrelevanten Institutionen und Settings stattfinden – insbesondere in Bildungs- und Arbeitskontexten sowie im öffentlichen Raum. Diese Orte sind für Betroffene oftmals nicht oder nur eingeschränkt vermeidbar. Präventions- und Interventionsstrategien sollten daher stärker kontextbezogen ansetzen und institutionelle Verantwortlichkeiten (z. B. in Betrieben, Schulen, Hochschulen, Verkehrsbetrieben) systematisch einbeziehen. Im Einklang mit bisherigen europäischen Studien weisen die vorliegenden Befunde auf ein erhebliches Dunkelfeld vorurteilsmotivierter Viktimisierung hin. Die niedrigen Anzeigeraten sowie die dominierenden Nichtanzeigegründe (geringe Schwerewahrnehmung, erwartete Wirkungslosigkeit, Zweifel an Aufklärung) legen nahe, dass vorurteilsmotivierte Taten von Betroffenen häufig nicht als institutionell bearbeitbar erlebt werden. Besonders bedeutsam sind hierbei gruppenspezifische Unterschiede im

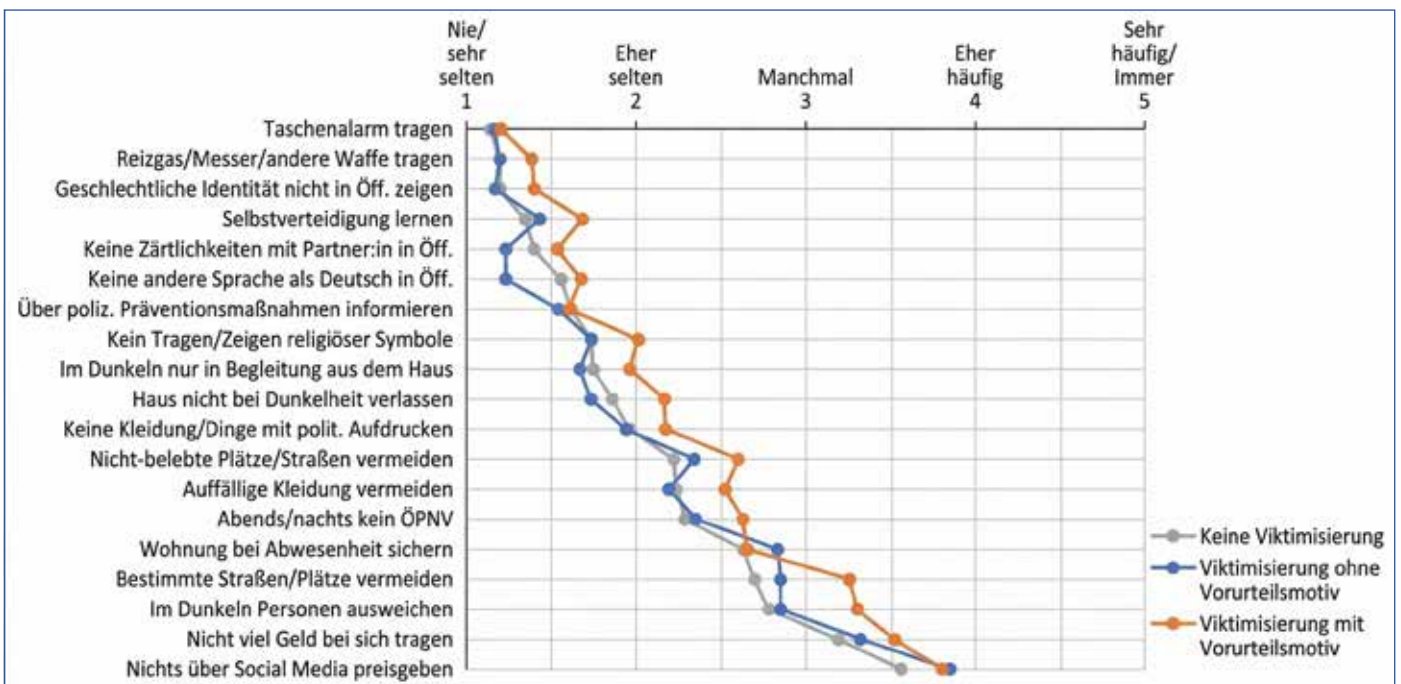


Abb. 4: Schutz- und Vermeidungsverhalten; Mittelwerte nach Viktimisierungsstatus (n = 130 – 1.929).

Anzeigeverhalten, die auf unterschiedliche Vertrauenslagen und Erfahrungen mit staatlichen Institutionen hinweisen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, Meldestrukturen niedrighschwelliger, diversitätssensibler und sichtbarer zu gestalten und sekundäre Viktimisierung in behördlichen Kontakten systematisch zu reduzieren. Vorurteilsmotivierte Viktimisierungen gehen mit substanzialen psychischen Belastungen, geringerer subjektiver Sicherheit sowie einem ausgeprägten Schutz- und Vermeidungsverhalten einher. In der Gesamtschau deuten die Befunde auf Rückzugsprozesse im öffentlichen Raum hin, die mit Einschränkungen sozialer Teilhabe und potenziell langfristigen Folgen für Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt verbunden sind. Der ausgeprägte Vertrauensverlust gegenüber staatlichen Institutionen – insbesondere gegenüber der Polizei – ist hierbei als demokratietheoretisch relevante Folge zu interpretieren, da Vertrauen in faire und respektvolle Verfahren eine zentrale Voraussetzung für Legitimität und Kooperation darstellt.

Insgesamt unterstreichen die vorgestellten Ergebnisse die Wichtigkeit einer kontinuierlichen Erforschung von Vorurteilskriminalität und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aus der Betroffenenperspektive. Die Ergebnisse zeigen weiter, dass Vorurteilskriminalität nicht als randständiges Deliktfeld, sondern als Ausdruck gesellschaftlicher Ungleichwertigkeitsideologien zu analysieren ist. Für Forschung und Praxis ergibt sich daraus die Notwendigkeit, vorurteilsmotivierte Handlungen sowohl als individuelles Belastungsereignis als auch als kollektives und demokratiebezogenes Problem zu adressieren und Prävention, Opferunterstützung sowie institutionelle Reaktionsfähigkeit entsprechend weiterzuentwickeln.

Prof. Dr. Joachim Häfele ist Professor für Kriminalwissenschaften mit Schwerpunkt Kriminologie an der Polizeiakademie Niedersachsen, Studienort Oldenburg

Prof. Dr. Eva Groß ist Professorin mit dem Fachgebiet Kriminologie und Soziologie an der Hochschule der Akademie der Polizei Hamburg.

Kontakt: joachim.haefele@polizei.niedersachsen.de

Literatur

Agnew, R. (2006). *Pressured into crime: An overview of general strain theory*. Oxford University Press.

Bals, N. (2004). Kriminalität als Stress – Bedingungen der Entstehung von Kriminalitätsfurcht. *Soziale Probleme*, 15(1), 54–76.

Bannenberg, B., Rössner, D., & Coester, M. (2006). Hasskriminalität, extremistische Kriminalität, politisch motivierte Kriminalität und ihre Prävention. In R. Egg (Hrsg.), *Extremistische Kriminalität: Kriminologie und Prävention* (S. 17–59). KrimZ.

Barlow, D. E., & Barlow, M. H. (2002). Racial profiling: A survey of African American police officers. *Police Quarterly*, 5(3), 334–358. <https://doi.org/10.1177/109861102129198183>

Bender, R., & Weber, K. (2023). Vorurteilskriminalität – Viktimisierung durch vorurteilsmotivierte Gewalt. In D. Bolesta et al. (Hrsg.), *Panel zur Wahrnehmung von Kriminalität und Straftäter:innen (PaWaKS): Zweite Berichtsserie. Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen*.

Bielejewski, A., Bender, R., & Asbrock, F. (2022). Vertrauen in Polizei, Justiz und öffentliche Verwaltung. In D. Bolesta et al. (Hrsg.), *PaWaKS: Ergebnisse der ersten Erhebungswelle* (S. 73–101). ZKFS.

Bolesta, D., & Führer, J. L. (2022). Kriminalitätsfurcht und wahrgenommene Kriminalitätssenkung. In D. Bolesta et al. (Hrsg.), *PaWaKS* (S. 19–32). ZKFS. https://www.zkfs.de/wp-content/uploads/2022/08/W1_PaWaKS_Kriminalitaetsfurcht.pdf

Branscombe, N. R., Ellemers, N., Spears, R., & Doosje, B. (1999). The context and content of social identity threat. In N. Ellemers, R. Spears, & B. Doosje (Eds.), *Social identity: Context, commitment, content* (pp. 35–58). Blackwell.

Bundesministerium des Innern und für Heimat. (2023). *Hasskriminalität: Entwicklung der Fallzahlen 2001–2022*.

Church, D., & Coester, M. (2021). Opfer von Vorurteilskriminalität: Thematische Auswertung des Deutschen Viktimisierungssurvey 2017. DFK.

Coester, M. (2008). Das Konzept der Hate Crimes aus den USA unter besonderer Berücksichtigung des Rechtsextremismus in Deutschland. Peter Lang.

Coester, M. (2015). Hasskriminalität. In N. Guzy et al. (Hrsg.), *Viktimisierungsbefragungen in Deutschland* (S. 333–361). Bundeskriminalamt.

Coester, M. (2017). Das Konzept der Vorurteilskriminalität und Folgen für die polizeiliche Praxis. In C. Kopke & W. Kühnel (Hrsg.), *Demokratie, Freiheit und Sicherheit* (S. 167–182).

Coester, M. (2019). Sekundäre Viktimisierung bei Hasskriminalität. Nomos.

Dancygier, R., & Green, D. P. (2010). Hate crime. In J. Dovidio et al. (Eds.), *The SAGE handbook of prejudice, stereotyping, and discrimination* (pp. 294–311). Sage.

Ehrlich, H. J. (1992). The ecology of anti-gay violence. In G. M. Herek & K. T. Berrill (Eds.), *Hate crimes* (pp. 105–112). Sage.

European Union Agency for Fundamental Rights. (n.d.). *Technical assistance to national law enforcement and criminal justice authorities*. <https://fra.europa.eu/en/theme/hate-crime>

Fröhlich, W. (2021). Hasskriminalität in München. Sozialwissenschaftliches Institut München. <https://stadt.muenchen.de>

Fuchs, W. (2021). Vorurteilskriminalität – Konzept, Auswirkungen und statistische Erfassung. *Journal für Strafrecht*, 8(3), 279–294.

Garofalo, J. (1997). Hate crime victimization in the United States. In R. C. Davis et al. (Eds.), *Victims of crime* (pp. 134–145). Sage.

Geschke, D., Blüml, M., Wittmann, L., Steinhauer, P. J., & Schmidt, F. (2023). Sekundäre Viktimisierung von Betroffenen rechter, rassistischer, antisemitischer und sexualisierter Gewalt. IDZ Jena. <https://www.idz-jena.de>

Groß, E., Dreißigacker, A., & Riesner, L. (2019). Viktimisierung durch Hasskriminalität. *Wissen schafft Demokratie*, 4, 140–159.

Groß, E., Häfele, J., & Peter, S. (2024). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aus der Betroffenenperspektive. Institut für Kriminalitäts- und Sicherheitsforschung.

Habermann, J., & Singelstein, T. (2018). Probleme bei der Erfassung politisch rechtsmotivierter Kriminalität. *Wissen schafft Demokratie*, 20–31.

Häfele, J., Groß, E., & Peter, S. (2026). Folgen vorurteilsgeladener Viktimisierung in städtischen Räumen. In Wollinger, G. & Zähringer U. (Hrsg.), *Viktimologie. Theoretische Grundlagen, empirische Befunde und rechtliche Praxis*. Wiesbaden, Springer VS (Erscheint in Kürze).

Heitmeyer, W. (2002). *Deutsche Zustände* (Bd. 1). Suhrkamp.

Heitmeyer, W. (2003). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In *Deutsche Zustände* (Bd. 2, S. 13–32). Suhrkamp.

Hellyer, J., & Gereke, J. (2024). The shadow of fear: Hate crime victimization and stress after Charlottesville. *Frontiers in Psychology*, 15, Article 1384470. <https://doi.org/10.3389/fpsyg.2024.1384470>

Herek, G. M., Gillis, J. R., & Cogan, J. C. (1999). Psychological sequelae of hate-crime victimization among

lesbian, gay, and bisexual adults. *Journal of Consulting and Clinical Psychology*, 67(6), 945–951. <https://doi.org/10.1037/0022-006X.67.6.945>

Herek, G. M., Gillis, J. R., Cogan, J. C., & Glunt, E. K. (1997). Hate crime victimization among lesbian, gay, and bisexual adults. *Journal of Interpersonal Violence*, 12(2), 195–215. <https://doi.org/10.1177/088626097012002003>

Hough, M., Jackson, J., & Bradford, B. (2013). *Legitimacy, trust and compliance*. In J. Tankebe & A. Lieblich (Eds.), *Legitimacy and criminal justice* (pp. 326–352). Oxford University Press.

Iganski, P. (2001). Hate crimes hurt more. *American Behavioral Scientist*, 45(4), 626–638. <https://doi.org/10.1177/00027640121957203>

Iganski, P. (2008). *Hate crime and the city*. Policy Press.

Janoff-Bulman, R. (1989). Assumptive worlds and the stress of traumatic events: Applications of the schema construct. *Social Cognition*, 7(2), 113–136. <https://doi.org/10.1521/soco.1989.7.2.113>

Kleffner, H. (2018). Reform der PMK-Definition und Erfassungslücken. <https://doi.org/10.19222/201804/03>

Küpper, B., Zick, A., & Rump, M. (2021). Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte 2020/21. In A. Zick & B. Küpper (Hrsg.), *Die geforderte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21* (S. 75–111). Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung v. Franziska Schröter. Dietz.

Lang, K. (2014). *Vorurteilskriminalität. Nomos*.

Lobermeier, O. (2006). *Viktimisierung und (Des-)Integration*. In 6. Berliner Präventionstag (S. 85–93).

McDevitt, J., Balboni, J., Garcia, L., & Gu, J. (2001). Consequences for victims. *American Behavioral Scientist*, 45(4), 697–713. <https://doi.org/10.1177/00027640121957212>

Meyer, I. H. (2003). Prejudice, social stress, and mental health in lesbian, gay, and bisexual populations. *Psychological Bulletin*, 129(5), 674–697. <https://doi.org/10.1037/0033-2909.129.5.674>

Möller, K. (2020). Pauschalablehnungen. In B. Bogerts et al. (Hrsg.), *Verschönerung, Ablehnung, Gewalt* (S. 91–117). Springer.

OSCE/ODIHR. (2009). *Hate crime laws: A practical guide*. OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights.

Paterson, J., Walters, M. A., Mark, A., & Fearn, H. (2018). *The Sussex Hate Crime Project – Final Report*. University of Sussex.

Perry, B. (2001). *In the name of hate*. Routledge.

Perry, B. (2003). *Where do we go from here? Internet Journal of Criminology*, 9.

Perry, B., & Alvi, S. (2012). "We are all vulnerable." *International Review of Victimology*, 18(1), 57–71. <https://doi.org/10.1177/0269758011422475>

Quent, M., Geschke, D., & Peinelt, E. (2014). *Die haben uns nicht ernst genommen*. Ezra.

Schellenberg, B. (2020). *Hasskriminalität und PMK-System. Berliner Monitoring Trans- und homophobe Gewalt*, 1, 87–98.

Schellenberg, B. (2023). *Training Antidiskriminierung* (2. Aufl.). Wochenschau.

Schellenberg, B. (2024). *Politisch motivierte Kriminalität und Hasskriminalität*. <https://www.gruene-thl.de>

Seligman, M. E. P. (1975). Helplessness: On depression, development, and death. W. H. Freeman.

Sunshine, J., & Tyler, T. R. (2003). *Procedural justice and legitimacy*. *Law & Society Review*, 37(3), 513–548. <https://doi.org/10.1111/1540-5893.3703002>

Tyler, T. R. (1990). *Why people obey the law*. Princeton University Press.

Valerius, B. (2020). *Hasskriminalität – Vergleichen die Analyse. Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft*, 132(3), 666–689. <https://doi.org/10.1515/zstw-2020-0025>

VBRG. (2024). *Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in 2023*. <https://www.opferperspektive.de>

Walters, M. A., & Hoyle, C. (2012). Exploring the everyday world of hate victimization through community mediation. *International Review of Victimology*, 18(1), 7–24. <https://doi.org/10.1177/0269758011422455>

Zick, A., & Küpper, B. (2018). *Menschenfeindliche Vorurteile und Radikalisierung. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 101(2), 140–170. <https://doi.org/10.1515/mks-2018-1010204>